



Newsletter **3/2025**

Liebe Mitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren,

das Baurecht für den ersten Bauabschnitt der A20 zwischen Westerstede und Jaderberg stellt gewiss eine großartige Nachricht dar. Hierzu hinten mehr.

Inzwischen ist die Bundesregierung nicht mehr ganz neu im Amt. In verkehrspolitischer Hinsicht wurde in den vergangenen Monaten deutlich, dass ein ideologisch-ablehnender Blick auf das Verkehrsmittel Auto kein Thema mehr ist und aus Sicht der CDU/CSU-SPD-Koalition eine von Vernunft geprägte Verkehrsinfrastruktur ausdrücklich auch die Straße mitdenken muss.

Mit der Errichtung des Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) außerhalb des regulären Bundeshaushalts stehen laut aktuellem Haushaltsentwurf zusätzliche Investitionsmittel auch für Verkehrswege zur Verfügung.

Doch die Wirtschaftspläne der Sondervermögen und des Klima- und Transformationsfonds müssen erst noch beschlossen und in die kommenden Haushalte und Finanzplanungen des Bundes eingeflochten werden. So lange bleiben gewisse Unsicherheiten für alle Infrastrukturprojekte bestehen.

Der Vorstand wünscht Ihnen eine informative Lektüre dieses Newsletters.
Die nächste Ausgabe soll im Dezember 2025 erscheinen.

Der Vorstand

Michael Blach, Vorsitzender

Michael Appelhans, stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ralf Meyer, Schatzmeister

Kai Seefried, Beisitzer

Henning Wessels, Beisitzer

Thorsten Krüger, Beisitzer

Olaf Orb, Geschäftsstellenleiter



UNSER FÖRDERVEREIN LÄDT EIN: MITGLIEDERVERSAMMLUNG AM 24. NOVEMBER

Der Vorstand des Fördervereins Pro A20 e.V. lädt alle Mitglieder herzlich zur Mitgliederversammlung am 24. November 2025 (Montag) ab 18 Uhr im Gebäude der Handelskammer Bremen - IHK für Bremen und Bremerhaven, Friedrich-Ebert-Straße 6, in 27570 Bremerhaven ein. Auf der Tagesordnung steht unter anderem ein Bericht zum aktuellen Sachstand der A20. Diesen Vortrag hält Annette Meyers, Geschäftsbereichsleitung Neubau BAB 20 der Autobahn GmbH. Wir bitten Sie, sich den Termin vorzumerken. Eine offizielle Einladung folgt.

FÖRDERVEREIN PRO A20: BAURECHT IST „BEDEUTENDER MEILENSTEIN“

Die im Förderverein Pro A20 e.V. vereinten Kommunen und Wirtschaftsinstitutionen entlang der geplanten Trasse der A20 begrüßen das seit August feststehende Baurecht für den 1. Bauabschnitt der A20 zwischen Westerstede (A28) und Jaderberg (A29) „außerordentlich“, so der Vorstand in einer Stellungnahme. Die Entscheidung sei ein „bedeutender Meilenstein für das wichtigste Verkehrsinfrastrukturprojekt Nordwestdeutschlands“.

Bessere Anbindung für Seehäfen und Tourismus

Nach Auffassung des Fördervereins ist die A20 „von herausragender Bedeutung für die Menschen und die Wirtschaft unserer Region zwischen Ems, Jade, Weser und Elbe“.

Die A20 sei ein „wichtiges Signal und ein Schlüsselprojekt für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.“ Der Ausbau dieser vernetzenden Infrastruktur sei eine „Investition in die Standortqualität und Verkehrsgeographie unserer Region“.

Die A20 werde nicht nur Fahrwege und Fahrzeiten spürbar verkürzen, sondern auch die Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Nordwesten nachhaltig stärken.

Außerdem sorgt die A20 nach Einschätzung des Vereins für eine bessere Anbindung der norddeutschen Seehäfen und der Tourismusdestination Nordseeküste an das überregionale Straßennetz. Für die Energiewende und die damit verbundenen Transporte von Windkraftanlagen sei die A20 ebenfalls äußerst wichtig.

Nun notwendige Haushaltsmittel zur Verfügung stellen

Vor diesem Hintergrund appelliert der Förderverein Pro A20 e.V. an Bundesregierung und Autobahn GmbH, sie sollten nun die notwendigen Haushaltsmittel für den Baubeginn dieses ersten Abschnittes zur Verfügung stellen.

Gleichzeitig müssten die Planungsschritte für die weiteren Bauabschnitte zwischen der A29 bei Jaderberg durch die Wesermarsch bis hin zum fertigen Wesertunnel und im Weiteren bis zur A27 bei Bremerhaven sowie rund um das Kehdinger Kreuz in Richtung der neuen Elbquerung forciert werden, so der Vorstand.

Er ergänzt: „Die von der Bundesregierung angekündigten Instrumente zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen für wichtige Infrastrukturvorhaben sollten genau hierfür zügig beschlossen und zeitnah umgesetzt werden, so dass die weiteren Abschnitte der A20 hiervon bereits profitieren können.“

Der Vorstand betont: „Es gilt, jetzt keine Zeit zu verlieren!“

Zusammenfassung zum Hintergrund

Zum Hintergrund des Baurechts hier eine Zusammenfassung durch das niedersächsische Wirtschafts- und Verkehrsministerium: Der Ausgangsbeschluss vom 16. April 2018 war durch den BUND, Landesverband Niedersachsen, vor dem Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) beklagt worden. Zunächst wurde im Wesentlichen die Straßenentwässerungsplanung des Autobahnabschnitts nach den Anforderungen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie überarbeitet. Den Änderungsbeschluss hat das BVerwG mit Urteil vom 7. Juli 2022 wegen prognostizierter straßenverkehrsbedingter Stickstoffeinträge in das FFH-Gebiet Garnholt im Bereich des geplanten Autobahndreiecks A 28 / A 20 als rechtswidrig und nicht vollziehbar erkannt, im Übrigen aber unbeanstandet gelassen. Nach umfänglicher gutachtlicher Neuermittlung der straßenverkehrsbedingten Stickstoffeinträge in das Gebiet wurde am 18. Dezember 2023 ein Planfeststellungsänderungsbeschluss erlassen, der durch den BUND ebenfalls dem Bundesverwaltungsgericht zur Überprüfung vorgelegt wurde.

Der Beschluss sieht im Einvernehmen mit der planenden Autobahn GmbH des Bundes zum Gebietsschutz eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 120 km/h im Bereich des Autobahndreiecks A 20 / A 28 auf beiden Richtungsfahrbahnen vor. Vor diesem Hintergrund wurde die Klage durch den BUND zurückgenommen, sodass für den Bau des 1. Planungsabschnittes der A 20 nun bestandskräftiges Baurecht besteht. Das BVerwG hat das Verfahren mit Beschluss vom 7. August 2025 eingestellt.

A20-BEFÜRWORTER CHRISTOPH PLOß:

KOORDINATOR DER BUNDESREGIERUNG FÜR MARITIMES

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Christoph Ploß ist neuer Koordinator der Bundesregierung für Maritime Wirtschaft und Tourismus. Der Hamburger Politiker gilt als großer Befürworter der A20. Deren zügiger Ausbau sei von entscheidender Bedeutung für die maritime Wirtschaft, äußerte er bereits bei verschiedenen Gelegenheiten. Ploß, Jahrgang 1985, gehört dem Bundestag seit 2017 an und wurde im Wahlkreis Hamburg-Nord direkt gewählt. Seit 2018 ist er Ordentliches Mitglied im Verkehrsausschuss. Von 2021 bis 2025 war er Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Verkehrsausschuss. Laut Ploß ist es sein Ziel als Koordinator der Bundesregierung, die maritime Wirtschaft zu stärken und den Sanierungsstau in den deutschen Häfen abzubauen. Zwei Drittel des gesamten deutschen Außenhandels liefen über die Häfen. Hafenpolitik solle deshalb zur „nationalen Aufgabe“ werden, gerade im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Energieversorgung. Christoph Ploß ist Nachfolger des Grünen-Politikers Dieter Janecek.

FÖRDERKREIS FESTE UNTERELBEQUERUNG: SILKE HAUSCHILDT ZUR VORSITZENDEN GEWÄHLT

Silke Hauschildt aus Glückstadt ist neue Vorsitzende des Förderkreises Feste Unterelbequerung (FFU). Sie wurde auf der Mitgliederversammlung in Glückstadt einstimmig gewählt und trat die Nachfolge von Rainer Bruns an, der mehr als 25 Jahre im Vorstand leitend gewirkt hatte. Die neue Vorsitzende ist Geschäftsführerin der Elbegarten GmbH sowie am Hamburger Großmarkt.



Das zu ihrer Firmengruppe gehörende Unternehmen Elbe Transport und Logistik GmbH verkehrt regelmäßig von Itzehoe in Richtung Süden.

Außerdem ist Hauschildt als Verkehrsleiterin in ihrem Unternehmen tätig und somit mit der Verkehrssituation an der Unterelbe bestens vertraut.

Premiummitglied der Kampagne „A20 – das wird gut“

Wie der stellvertretende Vorsitzende Martin Bockler erläuterte, ist der Verein der Kampagne „A 20 – das wird gut“ beigetreten und unterstützt sie finanziell als Premiummitglied. Dies solle in den kommenden zwei Jahren (2026 und 2027) fortgeführt werden.

2025 habe der Schwerpunkt der Arbeit zunächst in der internen Kommunikation gelegen, so Bockler. Außerdem sei der Webauftritt unter www.unterelbequerung.de neu aufgesetzt worden. „Für die Mitgliederakquise hat der Vorstand Kontakt zu neuen Multiplikatoren-Netzwerken gesucht, besonders zu den Handwerksorganisationen.“ Steffi Wolke-Eichenberg von der Deges und Hans-Jürgen Smidt von der Autobahn GmbH des Bundes trugen über den Sachstand „A20 und feste Unterelbequerung“ vor.

Realisierung des Kreuzes ab 2029 denkbar

In der anschließenden Diskussion wurde die Verklammerung der Abschnitte Kehdinger Kreuz (Niedersachsen), Abschnitt 8 (Tunnel, Niedersachsen und Schleswig-Holstein) sowie Abschnitt 7 (Schleswig-Holstein, B 431/Glückstadt – A20) erläutert. Erst wenn für alle Bauabschnitte unanfechtbares Baurecht bestehe, könne der Tunnelbau beginnen. Der Planfeststellungsbeschluss zum Kreuz Kehdingen sei mit drei Klagen belegt; keine davon jedoch komme von Umweltverbänden. Eine Realisierung des Kreuzes sei ab 2029 denkbar. Der Planfeststellungsbeschluss für den Tunnelabschnitt auf niedersächsischer Seite sei 2016 erlassen worden und habe eine Gültigkeit von zehn Jahren. Ein entsprechender Grunderwerb sei erfolgt. CEF-Maßnahmen seien begonnen worden (CEF-Maßnahmen: „continuous ecological functionality-measures“, Übersetzung etwa „Maßnahmen für die dauerhafte ökologische Funktion“). Man könne zuversichtlich sein, was einen rechtzeitigen Baubeginn betreffe.

Zudem gebe es äußerstenfalls noch die Möglichkeit, einen Antrag auf Verlängerung der Laufzeit des Planfeststellungsbeschlusses zu stellen.

Auf der Mitgliederversammlung wurde ferner ein neues Kommunikationskonzept beschlossen. An der Umsetzung sollen die Mitglieder aktiv mitarbeiten können.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Bürgermeister Rolf Apfeld, Stadt Glückstadt, die Anwesenden als Hausherr.

Zwar stelle die Autobahn einen Eingriff in die Natur dar. Aber gleichzeitig erschließe sie Gebiete, schaffe Chancen für die Wirtschaft und Sorge für Arbeit. Die Verkehre könnten nicht alle über die A 1 laufen. Auch Glückstadt selbst könne nicht noch mehr Verkehr ertragen.



BÜRGERMEISTER BOVENSCHULTE: „HÄFEN SIND DAS RÜCKGRAT DER WIRTSCHAFT“

„Die Häfen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und entscheidend für die Versorgungssicherheit Deutschlands.“ Das hat Bremens Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte beim Unternehmensforum der Unternehmensverbände im Lande Bremen im Juli unterstrichen.

Eine moderne, leistungsfähige Hafeninfrastruktur sei angesichts der geopolitischen Krisen, unterbrochener Lieferketten und globaler Spannungen wichtiger denn je, so der Bürgermeister. „Sie stärkt unsere

wirtschaftliche Widerstandskraft, sichert unsere Energiesouveränität und ist unverzichtbar für militärische und zivile Logistik." Deswegen dürfe die Funktions- und Zukunftsfähigkeit der Häfen nicht fast ausschließlich von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Länder abhängen.

Die nationale Bedeutung der Hafeninfrastruktur müsse auch Niederschlag in der Lastenteilung zwischen Bund und Ländern finden. Der SPD-Politiker erwartet, „dass ein Teil des vom Bund angekündigten Sondervermögens zweckgebunden für Hafeninfrastruktur mit nationaler Bedeutung bereitgestellt wird".

FLURBEREINIGUNGSVERFAHREN: TEILNEHMER WÄHLTEN VORSTAND

Die Teilnehmer des Flurbereinigungsverfahrens A20-Frieschenmoor (in etwa zwischen Schwei und Jaderberg gelegen) haben in ihrer ersten offiziellen Versammlung den Vorstand gewählt.

Vorsitzender ist Karsten Padeken und sein Stellvertreter Hendrik Muller. Weitere Vorstandsmitglieder sind Jörg Deharde, Jan Gerd Sommer und Jago Segger Harbers. Zu stellvertretenden Mitgliedern gewählt wurden Linda Deharde, Liekele Mulder, Ralf Vollers, Kai Padeken und Gerriet Bruns.

Flurbereinigungsverfahren umfasst rund 1.900 Hektar

Der ehrenamtlich tätige Vorstand soll während des gesamten Flurbereinigungsverfahrens als Bindeglied zwischen den Behörden und den Teilnehmern fungieren. Dabei geht es um Verfahrensschritte wie die Wertermittlung, die Planung von Maßnahmen und das Ausarbeiten der Überleitungsbestimmungen für einen reibungslosen Besitzübergang. Das Flurbereinigungsverfahren A20 – Frieschenmoor wurde bereits am 30. Oktober 2018 eingeleitet und umfasst etwa 1.868 Hektar sowie rund 210 Teilnehmer. Diese sind die Grundstückseigentümer und Erbbauberechtigten im Verfahrensgebiet.

Ziel des Verfahrens ist es, die landeskulturellen Nachteile, die durch den geplanten Bau der A20 zwischen Jaderberg und Schwei entstehen, abzumildern oder ganz zu vermeiden. Zusätzlich soll der Landverlust der Betroffenen durch Flächentausche und gezielte Ankaufmaßnahmen

reduziert und auf mehr Teilnehmer verteilt werden; das minimiert die Auswirkungen auf die Bewirtschaftungsstruktur.

DISKUSSIONSRUNDE DER NORDWEST-ZEITUNG: JAHN VERDEUTLICHT VORTEILE DER A20

Bei einer Live-Diskussionssendung der Nordwest-Zeitung, die als Video nachgeschaut werden kann ([ol.de/a20-debatte](https://www.nwz.de/a20-debatte)), hat Felix Jahn für die Vorteile der Küstenautobahn A20 geworben.

Der Geschäftsführer der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer (IHK) widersprach den Argumenten von Susanne Grube vom Koordinationskreis der Initiativen und Umweltverbände gegen die A20.

„Geld für den Klimaschutz muss verdient werden“

Felix Jahn geht davon aus, dass das Bundesverwaltungsgericht im Herbst eine Klage gegen den ersten Planfeststellungsabschnitt ablehnen wird.

Dann könnte im Frühjahr 2026 mit dem Bau begonnen werden.

Jahn bezeichnete die A20 als das wichtigste Straßeninfrastrukturprojekt in Norddeutschland. Die Wirtschaft werde unter anderem von neuen Gewerbegebieten und Arbeitsplätzen, kürzeren Transportwegen und einer besseren Anbindung der Häfen sowie mehr Tourismus profitieren. Künftig werde die Bedeutung der A20 sogar noch wachsen, so etwa aus sicherheitspolitischen Gründen.

Felix Jahn stellte im Zusammenhang mit den Aussagen von einer „Moor-Autobahn“ klar, dass die A20 nicht durch Naturschutzflächen gebaut werde, sondern durch „weitestgehend kultivierte Flächen, die schon ewig der Landwirtschaft zugänglich“ seien.

Infrastruktur und Klimaschutz müssten zusammen gedacht werden. Denn für das Finanzieren des Klimaschutzes brauche es eine gesunde, prosperierende Wirtschaft. („Das Geld für den Klimaschutz muss verdient werden.“)

Jahn unterstützte den Ausbau der Schiene. Doch die Schiene habe bereits jetzt deutliche Kapazitätsprobleme und sei nicht einmal ansatzweise in der Lage, den vollen Straßengüterverkehr aufzunehmen. Eine Faustformel besage: Würden zehn Prozent des Gütertransportes von der Straße auf die Schiene verlagert, verdoppele sich der Schienenverkehr.

CDU-FRAKTIONSCHIEFS DER KÜSTENLÄNDER: BRIEF AN KANZLER ZUR SEEHAFENFINANZIERUNG

Die Vorsitzenden der CDU-Fraktionen der Länder von Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern fordern eine grundlegende Neuregelung der Seehafenfinanzierung. Konkret verlangen Dennis Thiering (Hamburg), Dr. Wiebe Winter (Bremen), Sebastian Lechner (Niedersachsen), Tobias Koch (Schleswig-Holstein) und Daniel Peters (Mecklenburg-Vorpommern) neben der Aufnahme der Häfen in das geplante Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ des Bundes eine verlässliche Grundfinanzierung in Höhe von mindestens 500 Millionen Euro jährlich durch den Bund sowie eine nationale Hafenstrategie, die diesen Namen auch verdient.

„Die deutschen Seehäfen sind systemrelevant“

Das neue Bundesprogramm „Klimafreundliche Schifffahrt und Häfen“ mit einem Volumen von 400 Millionen Euro bis 2029 sei ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Doch das befristete Programm reiche bei Weitem nicht aus, um den hohen Investitionsstau aufzulösen und die

Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Seehäfen dauerhaft zu sichern.

In einem gemeinsamen Brief an Bundeskanzler Friedrich Merz und Vizekanzler und Bundesfinanzminister Lars Klingbeil vom 4. Juli machen die Politiker deutlich: Die norddeutschen Häfen sind systemrelevant – für Wirtschaft, Versorgung, Energie- und Sicherheitspolitik. Ihre Finanzierung dürfe nicht länger allein an den Ländern hängenbleiben.

Der niedersächsische CDU-Fraktionsvorsitzende Sebastian Lechner führte bei der Vorstellung des Schreibens aus: „Die Seehäfen sind das Rückgrat unseres Wohlstands und unserer Sicherheit – sie sind für den Export und Import ebenso unverzichtbar wie für unsere Verteidigungsfähigkeit im NATO-Verbund und für das Gelingen der Energiewende. Mit einem Wort: Die deutschen Seehäfen sind systemrelevant.“

Die CDU-Fraktionen der fünf norddeutschen Länder weisen darauf hin, dass rund 60 Prozent des deutschen Außenhandels über den Seeweg abgewickelt werden. 75 Prozent sind es beim europäischen und rund 90 Prozent beim weltweiten Außenhandel. Angesichts von Investitionsbedarfen in Milliardenhöhe, die der Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe (ZDS) auf mindestens 15 Milliarden Euro

schätzt, fordern die Fraktionsvorsitzenden eine faire Lastenverteilung zwischen dem Bund und den Ländern.

MARKETING UND VERTRIEB BEI NIEDERSACHSEN PORTS: FÖRSTER LEITET STABSBEREICH

Niedersachsen Ports (NPorts) baut seine Marketing- und vertrieblichen Aktivitäten aus. Seit dem 1. Juli leitet Krischan Förster den Stabsbereich Marketing und Vertrieb der Hafengesellschaft. Der langjährige Chefredakteur der maritimen Fachzeitschrift „Hansa – International Maritime Journal“ bringt nach Angaben von NPorts fundierte Kenntnisse der maritimen Wirtschaft sowie ein exzellentes Netzwerk mit.



Viel zu tun für ausgewiesenen Branchenkenner

„Mit Krischan Förster gewinnen wir einen ausgewiesenen Branchenkenner, der unseren Fokus auf kundenorientiertes Denken und Handeln im Marketing und Vertrieb schärfen wird. Gerade vor dem Hintergrund, dass die Bedeutung unserer Häfen für die Wirtschaft und Versorgungssicherheit stetig wächst, hat auch die strategische Weiterentwicklung dieser Bereiche einen neuen Stellenwert erhalten. Wir freuen uns sehr auf die Zusammenarbeit.“ Das erklärt Holger Banik, Geschäftsführer der Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG sowie der JadeWeserPort Realisierungs GmbH & Co. KG.

Försters Aufgaben bei NPorts reichen deutlich über bisherige Marketingaktivitäten hinaus: Er wird den systematischen Aufbau einer unternehmensweiten Marketingstrategie vorantreiben, neue Impulse für die Vermarktung von Hafenanlagen und Immobilien setzen sowie den Bereich Kundenpflege und -entwicklung stärken.

„Mit dem Aufbau eines strukturierten Vertriebsansatzes wird er die Arbeit in unseren Standorten unterstützen, unsere direkte Verbindung zu unseren Kunden stärken und so dabei helfen, unsere Häfen noch mehr in den Fokus zu rücken“, betont Banik.

STUDIE VON CONSORS FINANZ: GENERATION Z SCHWÖRT AUFS AUTO

Autofreie Zonen, Deutschlandticket, hohe Parkgebühren, Fahrradstraßen in der City - einige politische Weichenstellungen der jüngsten Zeit weisen in eine eher autofreiere Zukunft.

Ist das auch ein Szenario für die zwischen 1995 und 2010 Geborenen, die so genannte Generation Z (Gen Z)? Eher nicht. Denn für sie nimmt das Auto als Fortbewegungsmittel einen sehr hohen Stellenwert ein.

Nach dem Automobilbarometer 2025 „Cars: an eternal youth?“ von Consors Finanz können sich nur etwa drei von zehn jungen Erwachsenen in Deutschland vorstellen, künftig kein Auto mehr zu nutzen.

Für 75 Prozent ist das Auto unverzichtbar für den Alltag

75 Prozent der Gen Z mit eigenem Auto halten es sogar für unverzichtbar für ihren Alltag.

Zum Vergleich: Bei der Generation 50 plus sagen das 80 Prozent in Deutschland, 89 Prozent der Befragten in eher ländlicher Umgebung und 91 Prozent der befragten Familien mit Kind.

Autos sind für die Mehrheit der Gen Z hierzulande zwar das wichtigste Verkehrsmittel, aber nicht das einzige. Für ihre täglichen Fahrten nutzen die jungen Erwachsenen neben dem Auto vor allem Bus und Bahn (48 Prozent), oder sie gehen zu Fuß (ebenfalls 48 Prozent). Auch das Fahrrad ist gefragt (normales Rad: 31 Prozent, E-Bike: 17 Prozent).

Wenn man kein eigenes Auto hätte, würden sechs von zehn jungen Erwachsenen alternativ auf Fahrgemeinschaften ausweichen, jeweils die Hälfte ein Auto für die geplante Fahrt mieten oder Carsharing nutzen. 43 Prozent würden auf ein Auto-Abo setzen.

Autonomie und wirtschaftliche Gründe als Hauptmotive

Im Gegensatz dazu zeigt sich die Generation 50 plus weniger experimentierfreudig. Fahrgemeinschaften (30 Prozent) oder Carsharing (29 Prozent) kommen für sie nur bedingt infrage. Ein Auto zu mieten, wäre der Königsweg.

Schaut man sich an, warum die Gen Z das eigene Auto einem Miet- oder Leihwagen vorzieht, spielen vor allem Autonomie und wirtschaftliche Gründe eine Rolle 38 Prozent der jungen Erwachsenen in Deutschland argumentieren, dass ein eigenes Auto ihnen vollständige Selbstbestimmung über das Fahrzeug ermöglicht. Für jeweils 29 Prozent sind der Aufwand beim Mieten oder Sharing sowie die damit verbundenen Kosten zu hoch.

Für 17 Prozent ist ein eigenes Auto aus Imagegründen wichtig. Und 34 Prozent kennen es nicht anders, da in der Familie schon immer eigene Autos gekauft wurden.

Kontakt zum Förderverein ProA20 e.V.

Förderverein Pro A20 e.V., c/o Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven, Haus Schütting,
Am Markt 13, 28195 Bremen;
Tel. 0421/36 37 270; Fax 0421/36 37 274; Mail: info@pro-a20.com

Fotos:

Foto Seite 2: Pixabay

Foto Seite 5: Elbegarten GmbH

Foto Seite 7: Senatskanzlei Bremen

Foto Seite 11: Verlag Hansa

Redaktion des Newsletters:

Olaf Orb (Förderverein Pro A20 e.V.) und Thomas Klaus (Freier Redakteur, Geestland/Langen)